

TAGUNGEN

Was wird aus Afrika und Europa?

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* für demokratische Volkserziehung hat auf ihrem Arbeitsprogramm u. a. die Aufnahme von Kontakten zwischen Vertretern Europas und sogenannter Entwicklungsländer. Ein Zyklus von Begegnungen zwischen Angehörigen dieser Ländergruppen wurde bereits am 23./24. November 1957 eingeleitet durch eine Wochenendveranstaltung unter dem Thema „Gestaltungskräfte der Religion im Orient und Okzident“, bei der Dr. *Günter Lanczkowski* (Universität Bonn) und Dr. *Subhi Janni Lahib*, Kairo (Universität Hamburg) einen Überblick über die großen asiatischen und afrikanischen Religionen und ihre Einflüsse auf die Politik gaben und die Rolle des Christentums in diesen Gebieten umrissen.

Am 1./2. Februar 1958 hatten sich in der Heimvolkshochschule *Bergneustadt* Vertreter Afrikas und Europas zusammengefunden, um über die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Erdteile zu diskutieren. Selbstverständlich konnten hier keine fertigen Lösungen gefunden werden, es war vielmehr ein Gespräch, ein Gedankenaustausch,

ein gegenseitiges Kennenlernen. Schon dieses gegenseitige Kennen- (und Schätzenlernen ist als Positivum zu werten, denn — das klang aus den Referaten und vielen Diskussionsbeiträgen heraus — gerade auf der Tatsache der Unkenntnis der gegenseitigen Kulturen, vor allem der Unkenntnis der afrikanischen Kulturen, in Europa beruht die Schwierigkeit, sich zu verständigen, Achtung voreinander zu gewinnen und unerträgliche Zustände zu beseitigen.

„Afrika erwacht“ — so meinen wir. Die europäischen Teilnehmer an der Begegnung wurden eines Besseren belehrt. Es sei nämlich Europa, das erwache, das endlich Afrika mit sehenden Augen zu betrachten beginne. Afrika ist nicht „primitiv“, nur weil es andere Kulturen hat, die uns Europäern unverständlich erscheinen, vor allem deshalb unverständlich erscheinen, weil wir uns nicht die Mühe nehmen, sie kennen und verstehen zu lernen. Gerade beim Zerschneiden und Ausrotten hochstehender afrikanischer Kulturen hat Europa Beachtliches geleistet.

Hier knüpfte auch die sympathische Vertreterin des jungen Staates Ghana, *Esther Hayfron*, an. Sie wies auf die kulturelle Vergangenheit afrikanischer Länder hin, auf die Kunstwerke, denen zwar europäische Experten ihre Anerkennung nicht versagen können, die aber von der Menge der Europäer ignoriert werden. Mit weiblichem Charme und zugleich mit erfri-

schender Angriffslust deckte sie Mängel und Mißstände kolonialer Verwaltungen auf, sprach Dinge aus, die Vertreter noch nicht souveräner afrikanischer Gebiete nur im privaten Gespräch anklagen ließen.

Eines klang immer wieder auf: „Der Afrikaner sucht nicht soziale und wirtschaftliche Entwicklung allein, er sucht auch seine Persönlichkeit wieder zu formen.“ Dies solle man bei allen Entwicklungsplänen für Afrika berücksichtigen. Der Afrikaner will nicht einfach ein Imitator des Europäers sein („Welcher selbstbewußte Afrikaner möchte eine europäische Staatsangehörigkeit annehmen!“ rief Esther Hayfron temperamentvoll aus), sondern will seine ihm gemäße, aus dem Boden seiner Heimat gewachsene Kultur und Persönlichkeit geachtet wissen.

Auf das Problem des *Gemeinsamen Marktes*, der von allen anwesenden Afrikanern, soweit sie nicht von Amts wegen die offizielle Meinung der Kolonialmacht vertraten, einstimmig abgelehnt wurde, weil sie befürchten, daß ein größeres europäisches Finanzpotential nur zu einer schnelleren und umfangreicheren Ausbeutung Afrikas zum Nachteil der Afrikaner führt, ging *Heinz Kühn* MdB ein. Er wies auf die große Verantwortung hin, die die Bundesrepublik durch ihre Mitwirkung bei diesem Projekt auf sich nehme, und daß nicht nur europäische Nützlichkeitsüberlegungen bei den Investitionen angestellt werden dürfen, sondern diese zum Nutzen der dort lebenden Menschen und in Übereinstimmung mit den von ihnen gewählten Selbstverwaltungsorganen vorgenommen werden müssen. Er schlug vor, den Afrikanern freiwillig die Souveränität zu geben, bevor sie sie sich mit Gewalt erzwingen; Hilfsaktionen unter internationales Vorzeichen zu stellen, um so nationalistische Bestrebungen auf europäischer und ressentimentgeladene Abwehr auf afrikanischer Seite zu vermeiden; nicht nur wissenschaftlich gebildete Intellektuelle auszubilden, sondern auch technische Kader; und schließlich — woran wir alle helfen können — die öffentliche Meinung zu beeinflussen durch Schaffung eines Geistes gegenseitiger Achtung.

Aus den Beiträgen der Angehörigen bereits souveräner Länder (Tunesien, Sudan, Ghana, Ägypten) sprach einmütig die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Europa, was beweise, daß es richtig gewesen sei, ihnen die Freiheit zu geben. Eine freiwillige Zusammenarbeit sei wertvoller und ergebnisreicher als die mit einem unterdrückten Volk.

Diesen Willen zur Zusammenarbeit dokumentierte auch der marokkanische Minister für Erziehung, *Si Mohammed el Fasi*, der am 13. Februar 1958 auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sprach. Mohammed el Fasi ging aus von der kulturellen Rolle der Araber in Europa, streifte dann kurz die ältere und jüngere Geschichte Marokkos und erläuterte

schließlich die Situation seines Landes im Zeitpunkt der Souveränitätserklärung und die seitdem geleistete Arbeit. Der marokkanische Unterrichtsminister verneinte durchaus nicht die Leistungen Frankreichs in Marokko, er betonte vielmehr, daß er den Bau von Talsperren, von Straßen und Industrien anerkenne und zu würdigen wisse und daß ihm und seinen Landsleuten an einer friedlichen Zusammenarbeit Marokkos mit Frankreich gelegen sei. Aber die Franzosen hätten auch manches versäumt oder einseitig aufgebaut. So seien z.B. noch unzählige Kinder ohne die Möglichkeit einer Schulbildung geblieben, die Ausbildung von Technikern sei zu wenig und nur für ganz gewisse Personengruppen gefördert worden, so daß das Land heute vor der schwierigen Aufgabe stehe, seine Wirtschaft mit einer viel zu kleinen Zahl von Experten zu bewältigen. Mohammed el Fasi berichtete, daß sich die marokkanische Regierung der Wichtigkeit und Vordringlichkeit des Bildungswesens bewußt sei und deshalb einen großen Teil ihrer Kräfte auf die Aufgabe konzentriere, Schulen zu bauen, Lehrer auszubilden und Kindern und Erwachsenen die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch zwischen Deutschland und Marokko die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sich weiterentwickeln.

Prof. *Gerhard Weisser*, Präsident der Friedrich-Ebert-Stiftung, erinnerte daran, daß wir Deutschen aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten kennen, die beim Aufbau eines demokratisch von der Gesamtheit getragenen Staatswesens zu überwinden sind. Wir seien uns deshalb darüber im klaren, daß die Übernahme der staatlichen Hoheit durch die einheimische Bevölkerung eine Vielzahl schwerer Aufgaben und eine große Verantwortung mit sich bringt. Aus diesem Grunde sollten die technisch und wirtschaftlich weiter entwickelten Länder den jungen Staaten solidarische Hilfe leisten. Hier bestehe eine internationale Aufgabe von hohem Rang. Prof. Weisser wies in diesem Zusammenhang auf die Aufgeschlossenheit der Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Fragen gegenüber hin, die sich gegenwärtig in verschiedenen Veranstaltungen ausdrücke, in denen gerade auch die Möglichkeiten einer europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit erörtert würden. Da die Entwicklungsländer naturgemäß unter Mangel an ausgebildeten Fachkräften leiden, hielte man deshalb eine sinnvolle Vermittlung von Fachwissen an junge, begabte Menschen aus diesen Ländern in höchstem Grade für förderungswürdig. Man sei bereit, in Deutschland Nachwuchskräfte auf speziellen Gebieten der Wirtschaftsförderung, des Genossenschaftswesens und der öffentlichen Wirtschaft auszubilden. Dies sei von eminenter Bedeutung und eine notwendige Ergänzung zur Ausbildung ingenieurtechnischer Kader, wenn man eine sozial befriedigende Entwicklung der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur dieser Länder anstrebe.

Erika Donner

Nicht mitschuldig werden am Atomtod!

So überschreibt *Heinz Seeger* seinen Leitartikel im Aprilheft der *Holzarbeiter-Zeitung*. Er erklärt es als „einfach unverständlich, daß die Bundesrepublik zu dem Plan, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, absolut nein sagt“ und betont, daß die atomwaffenfreie Zone „für das geteilte Deutschland bedeutet, daß unser Gebiet frei bleibt von den furchtbaren Vernichtungswaffen und nicht jede Möglichkeit, Deutschland in Frieden und Freiheit wieder zu vereinigen, ausgeschlossen wird.“ Dann fährt Kollege Seeger fort:

„Es gibt keine dümmere Begründung für die Bewaffnung der Bundesrepublik mit Atomwaffen und den Bau von Raketenbasen als die Behauptung, alles sei nötig, um die Freiheit zu schützen. Diejenigen, die in der Wasserstoffbombe und in den Raketenbasen eine tödliche Gefahr für das Leben unserer Familien und für die Existenz unserer Heimat sehen, lieben ihre Freiheit nicht weniger als jene, die nur in Raketen und Atomwaffen denken können. Nur halten sie Raketen und Wasserstoffbomben nicht für die geeigneten Mittel, die Freiheit und das Leben eines Volkes zu schützen und zu erhalten. In der Entscheidung über die Fragen, die das Schicksal unseres Volkes bestimmen, hat der arbeitende Mensch und seine Gewerkschaft das entscheidende Wort zu sprechen . . . Gerade von den Gewerkschaften müssen in dieser Entscheidung starke Impulse für den Frieden ausgehen. Dabei dürfen sie sich nicht von den Kreisen einschüchtern lassen, die ihnen das Recht bestreiten, in Entscheidungen über Sein oder Nichtsein unseres Volkes einzugreifen. Die Ziele der Gewerkschaften sind nicht nur ausgerichtet auf die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Mitglieder und deren Familien. Darüber hinaus sind sie durch ihre Satzungen verpflichtet, alles für die Erhaltung des Friedens und zur Sicherung der Freiheit und der Demokratie zu tun. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit kann es in der Welt nur dann geben, wenn Frieden und Freiheit nicht in Gefahr geraten.“

In den *Frankfurter Heften* (3) setzt sich *Eugen Kogon* erneut mit Nachdruck und überzeugenden Argumenten für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Er unterstreicht insbesondere den Zusammenhang zwischen Rapacki-Plan und Wiedervereinigung. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Sätze zu zitieren:

„Man wird die Wiedervereinigung allmählich, nur sehr allmählich, in einem umfassenden Kompromiß erreichen oder gar nicht. Es schließt die Verhinderung der Ausweitung eines

Atomwaffen-Chaos und Abrüstung ein; sie sind sogar, wie die Dinge sich nun seit Jahren entwickelt haben, die Voraussetzung jeglichen Kompromisses. Und man wird die Verhandlungen über Entspannung und Wiedervereinigung nicht gleichschalten können . . . Die Alternative ist: *Keine* Wiedervereinigung und Steigerung der Existenzgefahr.“

Die Dämonie des Mißtrauens durchbrechen!

Stimme der Gemeinde, die Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, berichtet in Heft 7 unter dem Titel „So sollte es immer sein!“ in sehr interessanter Weise über Gespräche, die in der DDR zwischen Staat und Kirche stattgefunden haben. Der Bericht bezieht sich vor allem auf Ausführungen, die der Theologe Prof. D. Heinrich Vogel vor kurzem gemacht hat:

„Wir sollten uns nicht immer auf die Weise mißtrauen, daß der eine von dem anderen sagt: Es ist ja alles doch nur taktisch gemeint! Damit hält man sich die Ohren zu. Ich sage das nicht bloß in Bezug auf Interpretationen von staatlicher Seite, sondern ich sage es durchaus auch in den kirchlichen Raum hinein . . . Und wenn das Mißtrauen tausend Gründe für sich anzuführen hätte, so wird der Christ an dieser Stelle von einem ganz anderen Grunde her zu denken haben, nämlich daß es gilt, die Dämonie des Mißtrauens zu durchbrechen . . .“

In solchem Geiste seien „die vielen Gespräche zu verstehen, die in diesen Tagen und Wochen überall in der DDR zwischen Vertretern des Staatsapparates und der Evangelischen Kirche auf den verschiedensten Ebenen geführt werden. Es ist schier nicht zu erwarten, daß diese Gespräche gleich beim ersten Mal die Erwartungen aller Beteiligten befriedigen oder gar erfüllen. Allein die Tatsache solcher Gespräche aber ist unverkennbar ein Schritt nach vorn. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß solche Begegnungen nicht in das Gegensatzschema der Vertreter des kalten Krieges passen und daher mit allen Mitteln totgeschwiegen werden. Sie finden dennoch statt, und es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß sie nicht aufhören und dazu beitragen, die Atmosphäre nachhaltig zu entgiften.“
Dr. Walter Fabian

Blick in englische Zeitschriften

Der Zug zur Vermassung, der die Lage der englischen Zeitungen beherrscht, erschwert auch die Existenz der Wochenblätter und Monatschriften mit Niveau. Während neue „populäre“ Zeitschriften trotz starker Konkurrenz mit Millionenauflagen beginnen und sie rasch vermehren, schrumpft die Zahl jener, die sich ernstesten Problemen ernst widmen, bedrohlich zusammen. Der Grund ist nicht so sehr ein Rückgang der Auflage als ein Rückgang im Umfang

des Anzeigengeschäfts, das allein den traditionell niedrigen Verkaufspreis englischer Zeitschriften ermöglicht. In einer Zeit, in der man mit Hilfe des kommerziellen Fernsehens, wenn auch mit einem unverhältnismäßigen Aufwand, ein Millionenpublikum erreichen kann, werden die Anzeigen in Veröffentlichungen, die nur von Zehntausenden gelesen werden, immer spärlicher. Das unabhängig-konservative Wochenblatt *Truth* ist bereits auf der Strecke geblieben. *Time and Tide*, ebenfalls unabhängig-konservativ, dürfte bald folgen.

Von der Krise unberührt sind der sozialistische *New Statesman* (70 000 Auflage) und der unabhängig-liberale *Spectator* (40 000 Auflage), obwohl es Wochenschriften für Anspruchsvolle sind. In den Spalten des *New Statesman* spielte sich auch die wichtigste und ernsteste politische Kontroverse des Jahres ab, der Streit um die Kernwaffen. Sie wurde durch den auch in Deutschland bekannten Appell *Bertrand Russells* an Chruschtschow und Eisenhower eröffnet. Überraschenderweise stellte sich *Chruschtschow* mit einer umfangreichen Antwort an Russell ein, die die üblichen kommunistischen Thesen in nicht ungeschickter Garnierung an den traditionell-gutgläubigen englischen Leser brachte. Nun mußte auch die amerikanische Seite ins Blickfeld treten. Eisenhower ließ durch *Dulles* im *New Statesman* eine Antwort an Chruschtschow veröffentlichen, die an Kompromißlosigkeit nichts zu wünschen übrigließ. Die Überraschung wurde noch größer, als Chruschtschow in einer fast fünf Seiten in Kleindruck umfassenden Botschaft dann noch auf Dulles' Äußerung reagierte. Zuerst schien es, daß er den Propagandakrieg gegen den seinen Standpunkt mit der üblichen Starrheit vertretenden Dulles gewonnen habe, denn Chruschtschow verstand, mit einer gewissen Bonhomie aufzutreten. Aber mit der im gleichen Atemzug wiederholten Behauptung, der ungarische Volksaufstand sei nur das Werk einiger „Horthy-Faschisten“ gewesen, hat er sich in England sehr geschadet. *Bertrand Russell*, dessen polemischen Stil seine 86 Jahre nicht anzumerken sind, hat in der Osternummer des *New Statesman* (5. April) die Debatte mit der wehmütigen Feststellung abgeschlossen, daß sowohl Dulles als auch Chruschtschow sich nur in gegenseitigen Rekrimationen ausgetobt hätten, aber auf das eigentliche Problem gar nicht eingegangen wären. Er schließt mit einer ernsten Mahnung:

„Wir sind alle in Gefahr, in tödlicher Gefahr, wir selbst, unsere Kinder, unsere Enkel — nicht unsere Großenkel, außer wenn wir erfolgreich sind. Wenn wir versagen, werden wir keine haben. Im Vergleich mit dieser Gefahr werden alle anderen Fragen bedeutungslos. Was macht es aus, wer recht hatte und wer nicht, wenn keine Menschen überlebt haben? Ich schlage nicht vor, daß die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Antikommunisten

aufhören soll. Ich schlage aber vor, daß sie nicht in militärischen Begriffen vor sich geht. Und hinter der gegenwärtigen Spannung eröffnet sich eine weitere Sicht. Kernwaffen existieren und können, wenn man sie jetzt abschafft, von neuem erzeugt werden. Es ist daher unsere Pflicht — wenn wir wollen, daß das Leben auf unserem Planeten weitergeht —, ein politisches System zu ersinnen, daß große Kriege nicht nur jetzt, sondern in der voraussehbaren Zukunft unmöglich macht.“

Die durch die *Kennan-Vorträge* ausgelöste Debatte ging meist in den Tageszeitungen und im Parlament vor sich, so daß für die Wochen- und Monatsblätter kaum viel zu sagen blieb. Interessant in diesem Zusammenhang ist aber ein Meinungsaustausch zwischen zwei Mitarbeitern der Monatsschrift *The Twentieth Century*, die dem Kongreß für kulturelle Freiheit nahesteht. *G. F. Hudson*, Dozent in Oxford, wendete sich in der Januarnummer gegen Kennan. Man habe von ihm eine Erklärung der Notwendigkeit erwartet, „Europa mit der bestmöglichen Verteidigung bis zu dem Zeitpunkt zu versehen, in dem die Sowjetführer überzeugt sind, daß sich der Westen durch Bombast und Erpressungen nicht auf die Knie zwingen läßt“. Aber Kennan sei eines der ersten Opfer von Chruschtschows Nervenkrieg. Seine Vorschläge würden Rußland zur stärksten Landmacht machen. Warum wird, wenn man den Kommunismus wirklich mit einer Miliz bekämpfen kann, sol-

ches nicht den Amerikanern empfohlen? „Wenn Kennan ehrlich glaubt, daß seine Medizin eine gute militärische Doktrin für jedermann ist und nicht gerade nur für Europäer, die ihrem Schicksal überlassen werden sollen, dann sollte er nach Amerika zurückgehen und sie dort predigen. Er möge seinen Landsleuten sagen, daß sie ihre Bombenflugzeuge, Raketen, Kanonen und Panzer wegwerfen und sich darauf vorbereiten sollen, ihre Sicherheit und Unabhängigkeit durch Schüsse von Dächern und Handgranatenwürfe auf Panzer zu schützen. Wer das nicht für sein eigenes Land empfiehlt, darf sich nicht darüber beschweren, wenn seine an Europa gerichteten Ratschläge nur als eine besondere Tarnung für einen neuen amerikanischen Isolationismus betrachtet werden.“ In der Februarnummer der Zeitschrift antwortete *Richard Lowenthal* vom Sonntagsblatt *Observer*, Hudson übersehe, daß Rußland bereits die stärkste Landmacht Europas sei. Von Kennans Gedanken, einer sowjetischen Invasion durch Freiwilligenscharen entgegenzutreten, rückt Lowenthal ab; er sei der schwächste Teil seines Gedankengebäudes, das aber auch ohne ihn existieren könne. Nach Kennans Vorstellungen würden die Amerikaner vom westlichsten Teil Europas aus immer noch zurückschlagen können. Im Märzheft kam wieder Hudson zu Wort. Ihm zufolge ist Kennans Vertrauen auf die Wirksamkeit einer Maquis-

Tätigkeit ein wesentlicher und kein entbehrlicher Bestandteil seiner Lehre. Es entspringe logisch dem Bestreben, dem Vertrauen in strategische oder taktische Kernwaffen zu entfliehen, die aber die einzige Alternative seien, die sowjetische Überlegenheit in herkömmlichen Waffen zu paralysieren. Natürlich sei Rußland seit 1945 die stärkste Landmacht, aber sie sei bisher durch die atomare Überlegenheit der Gegenseite in Schach gehalten worden. Die Verwirklichung der Kennan-Vorschläge würde das Gegengewicht in Wegfall bringen. „Die einzige wirkliche Hoffnung auf eine Überwindung der gegenwärtigen Spannung liegt in einer Änderung des russischen Regimes.“

*

Deutsche Leser mag interessieren, wie im heutigen England die von Professor Röpke betriebene Propaganda gegen den Wohlfahrtsstaat und für Wirtschaftsliberalismus aufgenommen wird. Röpke hat eine seiner Schriften unter dem Titel „Wohlfahrt, Freiheit und Inflation“ englisch herausgebracht, und das *Times Literary Supplement* (31. Januar) hat sie mit folgender Besprechung bedacht:

„Professor Röpke ist ein kontinentaler Liberaler von einer Orthodoxie, die neuerdings in England selten im Druck verfochten wird, obwohl man sie immer noch oft in den Rauchzimmern Londoner Klubs hören kann. In seiner Broschüre reitet er einen scharfen polemischen Angriff gegen Wohlfahrtsstaat und Inflation, die ihm unzertrennliche Gesellschafter erscheinen. Aber obwohl sie gut geschrieben und meist vernünftig im Ton ist, handelt es sich um eine jener Polemiken, die eher die Vorurteile der ohnehin Überzeugten verstärken, als daß sie die Zweifler überzeugen würden.“

Dr. Röpkes Hauptkritik des Wohlfahrtsstaates ist, daß eine ‚unsinnige‘ Situation geschaffen wird, wenn das System zu einem Punkt ‚herabsinkt‘, in dem Geld von allen genommen wird, um es allen zu geben, und staatliche Aktion schädlich ist, weil sie es für den einzelnen überflüssig macht, eine Versicherung gegen schlechte Zeiten einzugehen. Der Einfall, daß der Staat den Menschen Geld aus der Tasche nimmt, um es gleich wieder zurückzugeben, hält einer Überprüfung nicht stand. Die Nutznießer des Wohlfahrtsstaates sind immer andere Individuen als jene, die Beiträge leisten — die Nutznießer sind die Kranken, die Unfallrentner, die Arbeitslosen, die Alten und die Kinder, die alle zusammen wenig beitragen. Die einzige Ausnahme im heutigen England sind die Wohnbauschubventionen, deren Aufteilung wenig logisch ist. In allen anderen Fällen greift eine ordentliche Neuaufteilung der Einkommen Platz.

Der zweite Punkt bei Röpke ist die Behauptung, daß staatliche Aktion freiwillige Aktion hindert. Die Schwäche der Röpkeschen Position ist hier, daß der Autor zu realistisch ist, um sei-

nen Liberalismus bis zum Extrem zu treiben und vorzuschlagen, man möge alles auf die Karte der Freiwilligkeit setzen. Er gibt zu, daß es Staatshilfe für die Arbeitslosen, Kranken und Alten geben muß, um die Unzulänglichkeit freiwilliger Systeme zu ergänzen, da man die Menschen nicht Not leiden lassen kann. Aber das würde ja bedeuten, daß der Staat nur den Unverantwortlichen hilft und daß die verantwortlich Denkenden jene unterstützen müssen, die es nicht tun. Das scheint schwerer zu rechtfertigen als das heutige System, in dem jene Hilfe erhalten, die in Not sind.

Röpkes Hauptkritik ist, daß der Wohlfahrtsstaat infolge der hohen Besteuerung, die er nötig macht, unweigerlich zur Inflation führt. Es mag ein Körnchen Wahrheit daran sein: Hohe Steuern machen den Kampf gegen die Inflation schwieriger. Aber in Wirklichkeit ist Inflation nicht das einzige wirtschaftliche Übel; es ist einfach unsinnig, zu sagen, daß die ‚Unangreifbarkeit der Geldwerte das höchste Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein muß‘. Was wir tun müssen und was die demokratischen Institutionen weiter tun werden, ist, ein Gleichgewicht zwischen den Übeln der Arbeitslosigkeit und der Inflation herzustellen und sich immer für das kleinstmögliche Übel zu entscheiden. Wir haben die beste Antwort auf diese Frage noch nicht gefunden, und in unserem Sozialfürsorgesystem gibt es immer noch erste Mängel. Aber wir werden eine zufriedenstellende Lösung nur finden, wenn wir auf der heutigen Bahn weitermarschieren, nicht aber, wenn wir unser Ohr den müßigen Klagen von Liberalen um eine Welt leihen, die es niemals geben hat und die es niemals geben kann.“

*

Mit einem bisher wenig beachteten Aspekt der *Automatisierung* setzt sich Professor G. D. H. Cole im *New Statesman* (22. März) auseinander. „Retreat from Bigness“, wie sein Artikel betitelt ist, übersetzt man besser frei mit „Rückzug von der Sucht nach Größe“. Früher habe die Doktrin der Arbeiterbewegung angenommen, daß die fortschreitende Produktionstechnik zu einer Konzentrierung der Produktion in immer größeren und größeren Betrieben führen müsse. Bisher sei das durch die Entwicklung bestätigt worden, aber gilt das auch im Zeitalter der Automatisierung? Die Betriebe mögen weiter riesige Kapitalanlagen sein oder noch größere werden; aber die Zahl der in den Mammutbetrieben Beschäftigten muß fallen. „Die Betriebe, die am meisten Arbeiter beschäftigen, werden nicht mehr jene mit der höchsten Produktion sein, sondern jene, in denen das Pro-

duktionsniveau nicht hoch genug ist, um die hohen Kapitalkosten der Automatisierung zu decken.“ Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, in denen die hohen Löhne ein zwingender Faktor sind, gelte das noch nicht von der Sowjetunion, die

immer noch ärmer an Kapital als an Arbeitskräften ist. Aber auch die Sowjetunion werde sich der Automatisierung in westlichen Ausmaßen auf die Dauer nicht verschließen können. Hüben und drüben müsse der daraus resultierende Menschenschwund in den bisherigen Großbetrieben zu einer Veränderung der ganzen Arbeitsatmosphäre, aber auch zu einer Veränderung des Bewußtseins sowohl der Arbeiter als auch der Gewerkschaften führen. Während die sozialistischen Theoretiker immer die zahlreiche Arbeiter beschäftigenden Großbetriebe als die dem gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt gemäße Einrichtung sahen, haben nur Anarchisten wie Kropotkin und originelle Denker wie Gandhi vor einer solchen Entwicklung gewarnt:

„Das sind, wie ich weiß, unpopuläre Autoritäten, wenn man sie gegenüber zeitgenössischen Sozialisten zitiert; aber wird es sich vielleicht nicht doch erweisen, daß sie gut prophezeit haben? Hatten sie nicht auf jeden Fall recht, als sie in den Massenbetrieben nicht einen Segen

und einen wirklichen Fortschritt des Menschengesistes, sondern eher ein Mittel sahen, das den Menschen zu einer Massendisziplin entwickelt, die wieder Unbehagen an der Arbeit hervorruft? Jedenfalls bin ich der Meinung, daß die Sozialisten viel zu leicht bereit waren, es als gegeben anzunehmen, daß die Ansammlung von Arbeitern in immer größeren und größeren Gruppen eine notwendige Voraussetzung einer hohen Produktivität und eine notwendige Begleiterscheinung des technologischen Fortschritts ist. Ich wäre weit glücklicher, würde man mehr Gewicht auf die Qualität der Arbeit als auf ihren Umfang oder die zu ihrer Herstellung nötige Menge von Arbeitern legen. Eine Zukunftshoffnung, die auf immer stärkere Ansammlungen von Menschen, die Routinearbeit zu leisten haben, gestellt ist, scheint mir wenigstens nicht die Aussicht auf einen Sozialismus zu bringen, der Menschen glücklich macht oder ihnen ermöglicht, von ihren schöpferischen Fähigkeiten den besten Gebrauch zu machen.“

Dr. J. W. Brügel

AUSSPRACHE

Volkskapitalismus -wie er richtig sein sollte

Als Karl Marx vor über 100 Jahren sein „Kommunistisches Manifest“ verkündete, war dies wahrscheinlich in der damaligen Zeit des frühen Kapitalismus der einzig mögliche Weg, der Industriearbeiterschaft wirksam zu helfen. Es gab auf der einen Seite ein sich rasch entwickelndes und reich werdendes Unternehmertum, auf der anderen Seite eine Arbeiterschaft, die jeglichen sozialen Schutzes entbehre und hilflos den Arbeitsbedingungen des weitaus mächtigeren Arbeitgebers ausgeliefert war. Meist kam der Arbeiter damals aus der Landwirtschaft und brachte nichts anderes mit als die Kraft seiner Hände. Hinzu kam, daß der liberale Geist jener Zeit das freie Spiel der Kräfte auch für das Arbeitsverhältnis gelten ließ; namentlich zu Zeiten wirtschaftlicher Krisen war die Arbeiterschaft in jener frühkapitalistischen Epoche geradezu dem Elend preisgegeben. Auch gab es damals noch keine wirksame allgemeine Schulpflicht, so daß die Masse der Bevölkerung des Lesens und Schreibens unkundig war. Aus alledem folgerte Marx: Schließt euch zusammen und setzt gemeinsam eure Rechte durch. Überführt das Eigentum an den Produktionsmitteln in die Hände des Staates, damit die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verhindert wird. Nun kann man aber geteilter Meinung darüber sein, ob diese von Marx vertretene neue Gesellschaftsordnung eine Ideallösung darstellt

oder ob sie nicht vielmehr eine Notlösung war. Schließlich besagt sie doch, daß eben das gesamte Produktionsvermögen in Gemeineigentum überführt werden und demzufolge die Gesamtheit aller Menschen entsprechend arm werden soll.

Die Armut ist von den Menschen zu allen Zeiten als ein Unglück empfunden worden, und das mit Recht. Wer ein angemessenes persönliches Eigentum besitzt, ist in der Lage, den Notfällen des Lebens aus eigener Kraft entgegenzutreten. Er hat eine Reserve bei Arbeitslosigkeit und in Krankheitsfällen, er ist unabhängig vom Arbeitgeber, indem er auch aus eigenem Entschluß einmal den Arbeitsplatz wechseln kann, er kann sich selbständig machen und hat Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kinder.

Wir wissen, daß die letzten Jahrhunderte des alten Rom mitbestimmt wurden durch ein Heer von „Plebejern“, von Nichtbesitzenden, die völlig wehrlos dem Auf und Ab der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ausgeliefert waren. Wohl stellten sie als „Masse“ eine unübersehbare Größe dar. Man versprach ihnen „panem et circenses“ — Brot und Spiele —, aber der stetige Wechsel zwischen Revolutionen und sozialen Maßnahmen, die die Kraft des Staates überstiegen, haben den Untergang des römischen Weltreiches beschleunigt.

Man muß sich heute fragen, ob wir uns nicht in einer ähnlichen Situation befinden. Schon im Jahre 1935 waren nur noch 600 000 Menschen vermögensteuerepflichtig (in Gesamtdeutschland). Es gibt nur noch etwa 4 Mill. Eigenheime, die zugleich vielfach mittelständische Betriebsstätten sind (Landwirtschaft). Von 21,5 Mill. Sparbüchern lauten 12,2 Mill. auf weniger als 100 DM, und 80 vH des Spargeldes konzen-

trieren sich auf nur 3 Mill. Sparbücher, also 15 vH der Sparer. Die Zahl der Aktionäre dürfte 500 000 kaum übersteigen.

Man täuscht sich gern über den Ernst der Lage hinweg, indem man sich mit unserem hohen Lebensstandard tröstet. Aber Lebensstandard ist kein Wohlstand. Wer 1000 DM monatlich verdient und laufend ausgibt, lebt zwar gut, aber bleibt arm, und wenn die Einnahmequelle versiegt, gerät er sofort in Not.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie im Verlauf der weiter fortschreitenden Industrialisierung immer größere Unternehmenskonzentrationen entstehen, die zugleich auch Vermögenskonzentrationen sind, sei es, daß sie der öffentlichen Hand zustehen, sei es, daß sie den wenigen noch vorhandenen großen Konzernen zustehen. Genaue Zahlen fehlen leider, weil es keine umfassende Vermögensstatistik gibt. Soweit bruchstückweise Zahlen bekannt sind, kommt man im Wege der Schätzung heute zu der Erkenntnis, daß nahezu 200 Md. DM öffentlichen Vermögens noch knapp 100 Md. DM privaten gewerblichen Kapitals gegenüberstehen*).

Wenn wir diese Feststellung im Zusammenhang sehen mit der Tatsache, daß ein immer größer werdender Teil des Volkes im Zustande der Armut und der Eigentumslosigkeit lebt, so muß man sich wirklich fragen, ob dieser Zustand ein Dauerzustand werden soll. Schließlich haben wir in den letzten 50 Jahren drei Revolutionen und zwei Kriege erlebt, wobei die Revolution von 1933 und der zweite Weltkrieg die Folge des namenlosen Elends waren, in dem 6 Millionen Arbeitslose damals seit 1929 leben mußten. Ob es zu diesen Katastrophen auch gekommen wäre, wenn damals ein größerer Teil dieser Arbeitslosen Haus und Garten oder sonstiges Eigentum besessen hätte?

*

Vergleichen wir die Situation der heutigen Arbeiterschaft mit der Situation des Jahres 1850, so erkennen wir, daß sie sich grundlegend geändert hat. Der Arbeiter ist heute gleichberechtigt, durch Gesetze, Organisationen und durch den politischen Stimmzettel vielfach geschützt. Er besitzt ein wesentlich umfassenderes Wissen als früher, das durch Aufklärung und Schulung noch bedeutend gesteigert werden könnte. Er bedarf eigentlich nur noch des Willens zum Eigentum und könnte genausogut Aktionär sein wie die anderen Menschen, die heute Aktionäre sind. So gesehen, mutet die Flucht in das Gemeineigentum als den vermeintlich einzig möglichen Weg zur Abwehr privater Kapitalmacht fast wie eine unzeitgemäße „Selbstentmündigung“ an.

In diesem Zusammenhang sei auch einmal die Frage gestellt, ob die SPD das Programm der Sozialisierung fallenläßt, wie man gelegent-

lich hört. Die Frage muß vielmehr lauten, ob es angesichts der überwiegend vollendeten Sozialisierung noch genügt, keine Sozialisierung mehr zu wollen oder ob man nicht vielmehr die Sozialisierung rückgängig machen muß.

Der „Volkskapitalismus“ ist die Überwindung sowohl des Liberalismus wie des Sozialismus. Wenn heute zwei Drittel des gewerblichen Produktionsvermögens im Besitz der öffentlichen Hand stehen, so gehören sie ideell allen Bürgern zu gleichen Teilen, nur daß diese über ihren Anteil nicht verfügen können. Gibt man ihnen Aktien als Dokument über ihren Besitzanteil, so werden sie damit wirkliche Eigentümer und des Segens des Eigentums teilhaftig, das sie immun macht gegen politische Radikalisierung, wenn die Zeiten einmal schlechter werden. Sie können sich dann aus eigener Kraft gegen ärgste Not schützen. Soweit die öffentliche Hand unrentabel arbeitet — weil sie ohne Erwerbstrieb arbeitet —, werden sich Wege finden lassen, dies zu ändern. Der Aktionär wird in Zukunft auch sein Stimmrecht wieder ausüben müssen, wozu es der Gründung von Aktionärsvereinigungen bedarf. Im Bereich der privaten Kapitalgesellschaften bedarf es der Reform der Eigentumsordnung durch breiteste Aktienstreuung, vor allem unter den Mitarbeitern. Auf diese Weise kann man zugleich das wieder ausgleichen, was im Wege der Mitarbeit am Wiederaufbau der Unternehmungen, im Wege der Finanzierung über den Preis, im Wege der steuerlichen Vergünstigungen der Siebenergruppe von der Allgemeinheit in den letzten zehn Jahren zugunsten des Wiederaufbaus der Wirtschaft an Opfern gebracht wurde.

*

Beispiel für einen „Plan zur Umwandlung des Anteils der Bürger an der Bundesbahn in Volksaktien“:

Der Wert der Bundesbahn wurde bereits vor Jahren mit 30 Mrd. DM beziffert. Sie gehört sämtlichen Bürgern der Bundesrepublik zu gleichen Teilen. Nur kann niemand über seinen Anteil verfügen, und infolgedessen hat niemand etwas davon. Der Anteil, der bei 50 Mill. Einwohnern auf jeden Bürger entfällt, beläuft sich auf 600 DM, bei einer fünfköpfigen Familie also auf 3000 DM.

Für die Ausgabe von Volksaktien der Bundesbahn wird folgender Vorschlag zur Diskussion gestellt:

1. Die Bundesbahn wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.
2. Jeder Bürger erhält in der gleichen Weise, wie 40 DM Kopfgeld am 21. Juni 1948 ausgegeben wurden, fünf Bundesbahnaktien zu je 100 DM. Die Aktien lauten auf den Namen.
3. Für sechs Monate bleiben die Aktien unveräußerlich, sind lediglich vererblich. In dieser Zeit soll jeder Gelegenheit erhalten, sich über

*) Vgl. im einzelnen: Rheinfels „Die Rückkehr zur Menschlichkeit“, Econ-Verlag, Düsseldorf 1956.

das Aktienwesen im allgemeinen und über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesbahn im besonderen zu informieren, sich mit anderen zu beraten, Aktionärsvereinigungen zu gründen.

4. Nach Ablauf von sechs Monaten sollen
 - a) diejenigen, die verkaufen wollen, dies einem Bankinstitut ihrer Wahl mitteilen, unter Angabe des Mindestpreises, den sie verlangen;
 - b) diejenigen, die kaufen wollen, dies ebenfalls einem Bankinstitut ihrer Wahl mitteilen, unter Bekanntgabe des Höchstpreises, den sie zahlen wollen.

Soweit auf Grund dieser Mitteilungen Verkäufe stattfinden können, sollen diese durchgeführt werden.

5. Niemand darf mehr Aktien besitzen als z. B. 50 Stück.

6. Nach Durchführung dieser Maßnahmen bleibt der Verkauf von Aktien wieder vinkuliert, aber mit der Maßgabe, daß nunmehr auf Antrag in besonderen Fällen der Verkauf genehmigt wird. Dabei ist auf einen allmählich ansteigenden Kurs zu achten.

7. Von Zeit zu Zeit muß in geeigneter Weise geprüft werden, inwieweit sich das Eigentumsdenken festigt und die Vinkulierung gelockert werden kann, z. B. mit Hilfe der Aktionärsvereinigungen.

8. Über die Rentabilität der Bundesbahn können zunächst keine Angaben gemacht werden. Wahrscheinlich ist sie zunächst noch unrentabel, aber die Herbeiführung ihrer Rentabilität muß durch Befreiung von sozialen Belastungen bzw. deren Übertragung auf den Bund sowie durch

weitere Rationalisierung nunmehr mit allen Mitteln betrieben werden.

9. Der Übergang des Stimmrechts auf die Aktionäre und dessen Regelung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, sobald erkennbar ist, daß diese mit Hilfe ihrer Vereinigungen in der Lage sind, ihr Eigentumsrecht selbst wahrzunehmen.

Sicherlich läßt sich ein solcher Plan vielfach variieren, aber er zeigt, daß die Aufgabe technisch lösbar ist. Entscheidend ist allein, ob hinter einem solchen Programm ein entschlossener politischer Wille steht. Leider ist man in den breitesten Schichten der Bevölkerung, denen der Segen einer neuen Eigentumsordnung vor allem zugute kommen soll, zu gleichgültig, um sich mit den Dingen zu beschäftigen, und erkennt daher nicht einmal die gegebenen Möglichkeiten. Man ist zu „liberal“, und es geht uns zu gut. Die anderen aber, die die Möglichkeiten erkennen, sehen sich einer Forderung gegenüber, der sie jedenfalls zunächst nur ungern stattgeben werden. Wer heute in der öffentlichen oder privaten Wirtschaft Machtpositionen ausübt, muß damit rechnen, daß grundlegende Veränderungen der Eigentumsordnung auch seine persönliche Position berühren. Man kann daher nur eines: an Gesinnung und Einsicht appellieren.

Und nun zum Schluß noch eine Frage: Wäre die Überwindung des Sozialismus und des Liberalismus durch einen Volkskapitalismus nicht auch ein Weg zu einer west-östlichen Koexistenz? Der erste Erfolg könnte dann die Wiedervereinigung sein. *Dr. Horst Rheinfels*

BUCHBESPRECHUNGEN

FOSTER RHEA DULLES

DIE ARBEITERBEWEGUNG IN DEN USA

Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 616 Seiten, Ln.
17,50 DM.

„Wir haben keine letzten Ziele. Wir denken von einem Tag zum nächsten. Wir kämpfen nur für unmittelbar vor uns liegende Ziele — für Ziele, die innerhalb weniger Jahre verwirklicht werden können.“ Diese Aussage des Präsidenten der Internationalen Zigarrenmacher-Gewerkschaft, *Adolph Strasser*, vor dem amerikanischen Senatskomitee für Erziehung und Arbeiterfragen im Jahre 1885 bildet die Grundlage, auf welcher sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung aufbaute. *Foster Rhea Dulles*, Professor für Geschichte an der Universität Ohio, gibt uns in seinem Buch eine umfassende und vor allem romanhaft spannende Darstellung der wechselhaften Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften. Er beginnt mit einer Darstellung aus

jenen Gründerjahren, als die englischen Kolonialherren Sträflinge nach Übersee sandten, um mit ihrer Hilfe ein Lohndumping zu bewirken. Später folgt dann die „ideologische“ Epoche, als deren Exponenten man den Eisenbahngewerkschafter *Eugene Debs* bezeichnen kann, jenen Mann, dem Irving Stone mit seinem Buch „Fremd im eigenen Haus“ ein bleibendes Denkmal setzte.

Dulles gibt eine genaue Darstellung der Vorgänge kurz vor und nach der Jahrhundertwende, die in den USA alle Versuche zur Gründung weltanschaulich gebundener Gewerkschaften ähnlich dem europäischen Vorbild scheitern ließen. Die an sich anarchistische Formel, nach welcher die Gewerkschaften vom direkten wirtschaftlichen Machtkampf alles, vom Staat wenig oder gar nichts erwarten, bildete für Jahrzehnte die geistige Grundlage vor allem der Fachgewerkschaften der American Federation of Labor, die von Samuel Gompers zu einem einheitlichen Dachverband geführt wurden.

Erst mit dem *New Deal* des Präsidenten *Roosevelt* folgte eine Annäherung an das euro-

päische Vorbild insoweit, als man sich zu den Prinzipien staatlicher Sozialpolitik und zur gesetzlich fundierten Tarifpartnerschaft bekannte. Der Verfasser schildert zum Abschluß seines vor allem für den europäischen Gewerkschafter interessanten Buches die Periode relativen Rückschritts in der Rechtsstellung der amerikanischen Arbeitnehmer, die letztlich zu den als diskriminierend empfundenen Bestimmungen des Taft-Hartley-Gesetzes führten.

Obwohl Dulles darauf beharrt, daß die amerikanische Arbeiterbewegung in keiner Phase ihrer Entwicklung vom europäischen Sozialismus beeinflusst werden konnte, so scheint doch keine rechte Schlußfolgerung darin zu liegen, daß er die Möglichkeit einer Annäherung zwischen den europäischen Gewerkschaftsformen und denen der USA wegen der Andersartigkeit der amerikanischen Verhältnisse ausschließt. In Wirklichkeit läßt sich auch in den USA erkennen, daß die Gewerkschaften mehr und mehr ihre anarchistischen Grundsätze der völligen Ungebundenheit vom Gesetzgeber aufgeben, um — wie in Europa — das Primat der Politik anzuerkennen. Der von Foster Rhea Dulles zitierte Vorsitzende der Automobilarbeiter, *Walter Reuther*, mag als markantester Vertreter dieser für die USA neuen, für Europa alten „Ideologie“ gelten, die in absehbarer Zeit eine neue Epoche der amerikanischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen einleiten kann. *Paul Müllbach*

RUDOLF B I N D E R

DIE ERFAHRUNGEN MIT DEM SPLITTING IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Kiel 1958, 44 S. brosch. 4 DM.

Nach den Steuervorlagen der Bundesregierung, über die zur Zeit in den Bundestagsausschüssen verhandelt wird, soll erstmals das sogenannte Einkommen-Splitting bei der Ehegattenbesteuerung in das deutsche Einkommensteuerrecht eingeführt werden. Als Vorbild dient dabei das in den USA angewandte Splitting-Verfahren, bei dem die gesamten Einkünfte der Ehegatten zusammengerechnet werden und sich dann die Steuerschuld in der Weise ergibt, daß die Steuer, die für den halbierten Einkommensbetrag zu zahlen wäre, verdoppelt wird.

Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Splitting-Verfahrens gehen in der westdeutschen Öffentlichkeit weit auseinander, und es ist deshalb sehr nützlich, beim Abwägen des Für und Wider auch die Erfahrungen, die in den USA mit dem Splitting gemacht wurden, kennenzulernen. Hierzu bietet uns die vorliegende Schrift eines ausgezeichneten Kenners des amerikanischen Einkommensteuerrechts Gelegenheit.

Der Verfasser schildert zunächst, aus welchen Gründen das Splitting 1948 in die amerikanische Bundes-Einkommensteuer aufgenommen wurde. Dabei zeigt es sich, daß diese Gründe nicht das Ergebnis steuertheoretischer Überlegungen oder eines organischen Wachstums waren. Der zweite Teil der Schrift ist ein gelungener Versuch, auf 22 Seiten zusammengefaßt, die Erfahrungen mit dem Splitting darzustellen. Soweit diese vom Gesetzgeber selbst gemacht wurden, konnte Binder sie berücksichtigen, indem er die seit 1948 vorgenommenen Gesetzesänderungen aufführt. Die öffentliche Meinung wird in erster Linie durch Urteile von Repräsentanten der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie der Verwaltung wiedergegeben.

Für die deutsche Diskussion ist besonders interessant, daß in den USA der Mittelstand zu den Freunden des Splittings gehört, während die Gewerkschaften das Verfahren ablehnen. Auch bei uns wurde gerade von gewerkschaftlicher Seite schon vor Jahren auf die schweren sozialen Mängel des Splitting-Verfahrens hingewiesen. Die ganze Problematik des Splittings, die den DGB zu der Forderung veranlaßt hat, zumindest das Splitting zu „veredeln“, spiegelt sich in der Schrift von Binder wider.

Günter Pehl

KARL KRAUS

AUSWAHL AUS DEM WERK

Kösel-Verlag München, 392 S“ 9,80 DM.

Karl Kraus, der große Kulturkritiker und Satiriker (1874—1936), dringt allmählich in Deutschland durch, nachdem ihn jahrzehntelang nur eine kleine Gemeinde las und verehrte. Auch heute noch ist gelegentlich in der Presse, wenn sich seine Erwähnung nicht umgehen läßt, eine gewisse Animosität gegen den großen Feind des Journalismus zu spüren. Aber seine von Jahr zu Jahr sich steigernde Wirkung wird nicht mehr aufzuhalten sein. Das Verdienst daran trägt in erster Linie der Herausgeber, Dr. *Heinrich Fischer*, und der Verlag Kösel, die seit Kriegsende nun schon fünf Bände der Krausschen Schriften herausgebracht haben. Zu diesen fünf Bänden, von denen jeder einzelne ein ausführliches Referat verdiente, ist, in der Reihe der Bücher der Neunzehn, nun die „Auswahl aus dem Werk“ getreten. Der Preis von 9,80 DM ist für das schöne, ansehnliche Buch bemerkenswert niedrig.

Die „Auswahl“ selbst ist vorzüglich. Sie läßt die Breite und Tiefe des großen Krausschen Werkes besser erkennen, als man von einer Auswahl dieses Umfangs glaubte erwarten zu können.

Dieses Kraussche Werk besteht vor allem in der von 1899 bis 1936 in Wien erschienenen „Fackel“, einer zum größten Teil von Kraus selbst geschriebenen Zeitschrift, und aus dem Kriegsdrama „Die letzten Tage der Menschheit“.

von dem die „Auswahl“ ein Stück, die ungeheure Schlußzene des fünften Akts, enthält. Das ganze Drama ist als einer der oben erwähnten fünf Bände nach dem Kriege wieder erschienen. Es ist sowohl im ganzen wie in seinen einzelnen Stücken die unerbittlichste und schärfste literarische Abrechnung mit dem ersten Weltkrieg im besonderen und dem Krieg im allgemeinen, scharf sowohl im Sinne der Gegnerschaft wie in dem der sprachlichen Präzision. Das Charakteristikum dieses Werkes, wie des Krausschen Werkes überhaupt, ist, daß Kraus der Zeitverderbnis von der Seite der Sprache beikommt, ja, sie in der Sprache erkennt. Wie ein Graphologe das Wesen eines Menschen in seiner Schrift zu erkennen glaubt, so erkennt Kraus das Wesen der Zeit in ihrer Sprache. Dieses Mittel der Kulturdiagnose wendet Kraus mit einer Meisterschaft an, die seine eigentliche Genialität ausmacht. Es ist sein genialer Sprachsinn, der eine Methode der Zeit- und Kulturkritik geschaffen hat, die diese Zeit und die kritisierten Erscheinungen dieser Zeit weit überdauern wird. Er ist zudem einer der wenigen großen Meister dieses Jahrhunderts, deren geistige Individualität und Unverwechselbarkeit aus jedem Satz ihres Werkes ins Auge springen.

Hier soll aber vorerst nur auf die „Auswahl“ hingewiesen werden, die die schwierige Aufgabe, in das Kraussche Werk einzuführen, so vorzüglich löst. Wer des Krausschen Geistes einen Hauch zu verspüren vermag, wird ihn aus ihr verspüren. Sie bringt Stücke aus allen Perioden und Themenkreisen des Krausschen Werkes.

Neben dem Thema Krieg umfaßt sie das Thema: Kritik der Justiz, insbesondere der Moraljustiz, Analyse und Kritik der Presse und des Journalismus, den Kommerzgeist, den Rassenwahn; sie bringt die berühmten Schriften gegen Heine, der nach Kraus am Anfang der Sprachzersetzung durch die moderne Zeitung und das Feuilleton steht, und für Nestroy, der ein Liebling von Karl Kraus war. Sie bringt zahlreiches zur „Sprachlehre“, ein Gebiet, auf dem der Kraussche Sprachsinn besonders ergiebig und heiter am Werke ist. Sie bringt außerdem eine größere Anzahl seiner Gedichte, der „Worte in Versen“.

Es überwiegt die satirische Form der Glosse, die sich allerdings zuweilen zu prophetischer Höhe erhebt und die gerade mit dem Kontrast von Witz und Pathos oft erstaunliche Kraft und Wirkung erreicht. Der Kraussche Sprachsinn wird besonders wirksam in der Meisterschaft des Zitats, in der Kraus unerreicht ist. Die wörtliche Anführung des polemischen Gegners ist für diesen Gegner oft wahrhaft vernichtend. Maximilian Harden und Alfred Kerr haben dies an sich vollziehen lassen müssen. Der Kraussche Sprachsinn kommt nicht nur dem eigenen Ausdruck zugute, sondern ergreift die Sprache des satirischen Objekts, er spießt die Phrase der Zeit, den Tonfall und den Jargon dieser oder

jener Zeittypen so genau und schär auf, daß Auswahl und Wiedergabe einer Probe innerhalb der Kraussche Sätze wirken wie ein satirischer Selbstmord des Gegners.

In der „Auswahl“ enthalten ist die berühmte Prophetie „Apokalypse“ von 1909, worin die Sätze stehen: „Wir waren kompliziert genug, die Maschine zu bauen, und wir sind zu primitiv, uns von ihr bedienen zu lassen. Wir treiben einen Weltverkehr auf schmalspurigen Geirnbahnen.“

Außerdem bringt die „Auswahl“ zu jedem Themenkreis eine Reihe von Aphorismen, eine Gattung des sprachlichen Ausdrucks, in der sich die Kraussche Kunst der Präzision und Konzentration besonders erweist. Davon nur einige Beispiele:

Zum Thema Moraljustiz: „Der Skandal fängt an, wenn die Polizei ihm ein Ende macht.“ — „Wer ist das? Sie ist blind vor dem Recht, sie schießt vor der Macht und kriegt vor der Moral die Basedowsche Krankheit. Und wegen der schönen Augen dieses Frauenzimmers opfern wir unsere Freiheit!“

Zum Thema Journalismus: „Journalisten schreiben, weil sie nichts zu sagen haben, und haben etwas zu sagen, weil sie schreiben.“ — „Die Mission der Presse ist, Geist zu verbreiten und zugleich die Aufnahmefähigkeit zu zerstören.“ — „Je größer der Stiefel, desto größer der Absatz.“

Ferner etwa folgende: „Psychoanalyse ist jene Geisteskrankheit, für deren Therapie sie sich hält.“ — „Das Wort »Familienbande« hat einen Beigeschmack von Wahrheit.“ — „Klerus und Krieg: Man kann auch den Mantel der Nächstenliebe nach dem Winde hängen.“ — „Krieg ist zuerst die Hoffnung, daß es einem besser gehen wird, hierauf die Erwartung, daß es dem andern schlechter gehen wird, dann die Genugtuung, daß es dem andern auch nicht besser geht, und hernach die Überraschung, daß es beiden schlechter geht.“ — „Nein, der Seele bleibt keine Narbe zurück. Der Menschheit wird die Kugel bei einem Ohr hinein- und beim anderen hinausgegangen sein.“

Das sind ein paar Funken aus dem Krausschen Feuer. Der Herausgeber und der Verlag seien herzlich bedankt dafür, daß sie einer breiten Leserschaft die Möglichkeit geben, Kraus kennenzulernen; besonders der neuen, seit dem Tode von Karl Kraus herangewachsenen Generation, die seiner wohl mehr bedarf als der meisten Produkte des Zeitgeschmacks. Übrigens hat Karl Kraus, der auch ein großer Sprecher und Vortragskünstler war, in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg häufig und mit großer Wirkung vor österreichischen Arbeiterbildungsvereinen gesprochen; besonders die Wiener Arbeiterschaft hat ihm eine unbegrenzte Verehrung entgegengebracht. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ war unter den Wiener Zeitungen die einzige, die ihn nicht totschwieg.

Dr. Richard Schmid

ARNO KLÖNNE:

GEGEN DEN STROM

Ein Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich. Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel Hannover-Frankfurt/M., 180 Seiten, Ln. 6,80 DM.

In der Dokumentation über den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime gab es bislang eine Lücke: die besondere Rolle der damals jüngsten Generation — quer durch die weltanschaulichen Parteilinien hindurch — im Kampf gegen die Gewaltherrschaft blieb unerörtert. Die Tatsache, daß diese Rolle durch eine Arbeit von Dr. Arno Klönne eingehend untersucht worden ist, bedeutet zugleich, daß jener Mangel nun durch eine wirklichkeitsgerechte Dokumentation behoben ist.

Den Verfasser kann man mit einigem Recht als „den“ Geschichtsschreiber der jungen Generation bezeichnen: Nach den sorgfältigen Aufzeichnungen über die Situation heutiger Jugendverbände wie über die Geschichte der alten „Jugendbewegung“, nach dem bislang umfassendsten und genauesten Werk über die Einheitsjugendorganisation des Dritten Reiches („Hitlerjugend — Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich“, 1955) entstand jetzt dieser Bericht über die Jugendopposition gegen das nationalsozialistische Regime, herausgegeben vom Hessischen Landesjugendring, ausgearbeitet in Verbindung mit dem Abendrothschen „Institut für wissenschaftliche Politik“ an der Universität Marburg. Die wissenschaftliche Genauigkeit ist daher verbürgt.

Doch nicht nur diese: Die Tatsache, daß der junge Verfasser selbst noch als Junge einer dieser illegalen Gruppen angehört hat, die er beschreibt, läßt von vornherein erwarten, daß sich mit der wissenschaftlichen Methodik eine Fülle lebendiger Erfahrung paaren wird. In der Tat zitiert Klönne eine große, charakteristische Auswahl an Materialien, Berichten und Dokumenten über den Widerstand Jugendlicher, die zwar zum großen Teil dem Raum Hessen entstammen, zugleich aber — vor allem wegen der überregionalen Verflechtung der Widerstandsarbeit — repräsentativ sind für das ganze damalige Reich. Zudem werden immer wieder zur Illustration Beispiele außerhalb des Berichtsranges herangezogen. Der oft zitierten These, es habe sich bei der Jugendopposition nur um einige wenige „harmlose“ Gruppierungen gehandelt und nicht um Entzüge auf breiter Ebene, wird hiermit endgültig der Grund entzogen.

Nach einer einleitenden „Geschichte von vier Frankfurter Jugendgruppen von 1933 bis 1945“ wird zunächst die Machtergreifung des Nationalsozialismus, der Aufbau der Hitlerjugend, die Ausschaltung und das Verbot der alten Jugendorganisationen und die teilweise ideologische und personelle Verflechtung von Jugendverbänden vor 1933 mit der HJ und deren Stel-

lung zum NS erläutert. Je ein besonderes Kapitel ist dann dem Widerstand der Arbeiterjugend, der Opposition der Jugendbewegungs-Bünde (vor allem jungenschaftlicher Prägung) und der Fortführung der Jugendarbeit bei katholischen und evangelischen Gruppierungen gewidmet. Die Darstellung der zweiten Phase der Opposition — nach der Jugenddienstverordnung 1939 etwa —, die sich besonders auszeichnete durch die Verquickung der verschiedenen freiheitlichen Gruppen und durch einen Wandel in der Methodik der Opposition, nimmt ein weiteres Kapitel ein, ebenso wie der „Versuch eines Querschnitts“ durch die verschiedenen Richtungen junger Opposition, die Schilderung der Terrormethoden der Nationalsozialisten und die abschließende Betrachtung, die die Überlegungen bis zur Situation der westdeutschen Jugendverbände heute führt.

Diese Aktualität ist gerade das Besondere an diesem Buch: Ober die Klärung des Gewesenen hinaus legt es fast ständig jene fast unsichtbar gewordenen aktuellen Bezüge frei, die vom Thema her in die offenen Fragen der Jugendverbände unserer Tage hineinreichen. Wertvolle Anregungen zum Verhältnis heutiger Jugendorganisationen zum Problem „Politik“ könnten gerade durch das Studium des Beispiels der damaligen oppositionellen Gruppen gewonnen werden. So ist es — auf verbandspolitischem Feld — wichtig zu wissen, daß diese Gruppen, im Gegensatz zu Jugendverbänden heute und ebenfalls zu den Vorläufern in der Weimarer Zeit, unter dem Druck der Diktatur zu sehr weitgehenden personellen und auch ideologischen Integrationen gelangten, Verschmelzungen, die unter der alle einenden Formel der Forderung demokratischen Verhaltens zustande gekommen waren. Die verschiedenen „weltanschaulichen“ Herkünfte spielten dabei dann eine diesem Prinzip untergeordnete Rolle. Es wurden hieraus weiterhin gesellschaftspolitische Postulate entwickelt. Fast allen freiheitlichen Gruppen waren auf Grund der oft sehr engen Zusammenarbeit etwa von Arbeiterjugend und konfessioneller Jugend, von Sozialisten und Jungenschaftsgruppen und auf Grund deren teilweiser Verschmelzung ähnliche politische Forderungen gemeinsam, solche, die heute wieder jeder Jugendliche unterschreiben müßte: die Forderung, „die formale Demokratie zu demokratischer Verfassungswirklichkeit weiterzuentwickeln; die Forderung nach möglichst weitgehender Selbstverantwortung und Mitverantwortung aller Bürger, auch im ökonomischen; die Forderung nach Ablösung wirtschaftlicher Machtpositionen bei Erhaltung freier Initiative; das Verlangen nach europäischer Förderung und übernationaler Zusammenarbeit“.

K. H. Tjaden

GERT KALOW

ZWISCHEN CHRISTENTUM UND
IDEOLOGIE

Wolfgang Rothe Verlag, Heidelberg, 128 S., kt. 7,80 DM,
Ln. 8,80 DM.

Die Ablösung des religiös fundierten Glaubens durch die Macht der Idee hat zu einer Geisteshaltung geführt, die weitgehend mit zu den Ursachen des heute herrschenden weltweiten Angstzustandes gehört. Findet sich auf der einen Seite die Ideologie mit dem Wunsch, Pseudo-religion zu sein, so steht dem auf der anderen Seite der beständige Mißbrauch des Christentums

gegenüber, zu dem die Möglichkeit im Wesen der Lehre Christi selbst liegt. Zur Kritik an diesem Schein-Christentum ist seit Augustin mehr als ein Denker aufgetreten. Aus der neueren Zeit gehören hierzu Lautréamont, Simone Weil, Robert Musil und W. H. Auden. Gert Kalow hat unter dem Leitthema „Die Chance des Geistes im Glaubenskrieg der Gegenwart“ kritische Gedanken zu diesen Autoren zu Papier gebracht, die in der Auseinandersetzung mit denen, die die christliche Heilslehre zur Ideologie degradieren, um sie zur Rechtfertigung politischen Handelns zu benutzen, Beachtung finden sollten. W. D.

MITTEILUNGEN Prof. Dr. *Franz Böhm* ist Ordinarius für bürgerl. Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. 1938 war
D E R R E D A K T I O N er wegen Kritik an der Rassenpolitik des Dritten Reiches aus

seiner Professur an der Universität Jena entlassen worden; bis 1945 ohne Stellung. 1945 bis 1946 Kultusminister in Hessen, 1952 Leiter der deutschen Delegation bei den Verhandlungen für den Wiedergutmachungsvertrag mit Israel und den jüdischen Organisationen. Seit 1953 MdB (CDU). Wissenschaftliche Publikationen über Kartelle und Koalitionsfreiheit, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter u. a.; Mitherausgeber des Jahrbuchs „Ordo“ und der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“. — Der Aufsatz „Freiheit als Lebenselement der Wissenschaft“ ist die Niederschrift eines Vortrags, den Prof. Böhm in einer Feierstunde zu Ehren der beiden Mitbegründer der Akademie der Arbeit, Prof. Dr. Hugo Sinzheimer und Theodor Thomas, am 8. Februar 1958 in Frankfurt (Main) gehalten hat.

Alfred Futran ist 1957, nach 21jährigem Aufenthalt in Südafrika, nach Deutschland zurückgekehrt; er veröffentlichte seitdem verschiedene Arbeiten über Südafrika, u. a. in der „Frankfurter Rundschau“ und im „Gewerkschafter“ (IG Metall).

Dr. rer. pol. *Erich Meyn*, Jahrgang 1913, studierte Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre und war nach seiner Promotion wissenschaftlicher Assistent in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt. Seit Wiedereröffnung der Akademie der Arbeit (Frühjahr 1947) ist er hauptamtlicher Dozent für die Wirtschaftslehre an dieser Institution.

Dr. *Horst Rheinfels* ist Rechtsanwalt in Köln; er ist Geschäftsführer des Wirtschaftsausschusses der CDU des Rheinlandes und Gründer einer Evangelischen Nachbarschaft und mehrerer Volksaktienvereine. Veröffentlichungen: „Die Rückkehr zur Menschlichkeit“ (Econ-Verlag, Düsseldorf 1956) und „Fibel für Volksaktionäre“ (Verlag Dr. H. Rheinfels, Siegburg 1957).

Paul Schallück, Jahrgang 1922, studierte nach dem Kriege Philosophie, Germanistik, Theaterwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Münster und Köln. Er lebt als freier Schriftsteller in Köln. Seine Erzählungen und Romane sind meist im S. Fischer-Verlag erschienen; der Roman „Die unsichtbare Pforte“ kam außerdem bei der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt, französisch bei den Editions du Seuil (Paris) und schwedisch im Verlag Bonnier (Stockholm) heraus. Seine Hörspiele wurden von verschiedenen deutschen und außerdeutschen Rundfunkstationen gesendet; auch als Vortragender ist er häufig über den Rundfunk zu hören.

Richard Schwertfeger, Jahrgang 1935, lebt in Zürich. Neben dem Studium der Volkswirtschaft widmete er sich rumänischen, russischen, polnischen und serbo-kroatischen Sprachstudien und unternahm, meist als Tourist, ausgedehnte Reisen in den Osten: 1953 Ungarn — Rumänien, 1954 Sowjetunion, 1956 Ungarn — Rumänien — Bulgarien, 1957 Polen — Tschechoslowakei — Jugoslawien. Richard Schwertfeger ist Mitglied der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Jugend der Schweiz und Funktionär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. — Mit dem Aufsatz über Rumänien führen wir die Reihe der Analysen der verschiedenen Ostblockstaaten weiter, die wir mit den Arbeiten über das Sowjetregime, Ungarn, Komekon (Februarheft 1958) und Polen (Märzheft 1958) begonnen haben; weitere Aufsätze folgen.